

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der CDU

### **Durchführung einer Volksbefragung über den Bau der A 100**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zeitgleich mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 18. September 2011 eine Volksbefragung zum Ausbau der A 100 durchzuführen.

#### *Begründung:*

Die Bürger fordern zunehmend und vor allem zu Recht eine stärkere Beteiligung an wesentlichen politischen Entscheidungen auch außerhalb von Wahlterminen. „Stuttgart 21“, „Keine Flugrouten über Berlin“, „Offenlegung der Wasserverträge“, „Offenhaltung des Flughafens Tempelhof“ und „Religionsunterricht an den Schulen“ sind Beispiele dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger zu Recht bei wesentlichen Entscheidungen, die Auswirkungen auf ihr persönliches Leben und auf die Entwicklung einer Stadt oder Region haben, mitbestimmen wollen. Für viele Einzelfragen haben sie die Entscheidung auf die politischen Repräsentanten übertragen. Nicht jede politische Entscheidung ist gleich wichtig. Aber dort, wo die politischen Sachverhalte von Relevanz und überschaubar sind und die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidung selbst sorgsam abwägen können, sollten sie in die Entscheidungsprozesse eingreifen dürfen.

Vorbildlich beim Beteiligen der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen ist das schwarz-grün geführte Bezirksamt in Steglitz-Zehlendorf. Bei vielen Entscheidungen sind die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks vor der Entscheidung befragt und einbezogen worden, schriftlich und auf mehreren stets gut besuchten Bürgerveranstaltungen. Interessant ist, dass es trotz dieser umfangreichen Bürgerbeteiligungen nie zu Verzögerungen der Entscheidungen kam. So wurde beispielsweise

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

---

über den Antrag auf Bebauung des ehemaligen Don-Bosco-Geländes in Wannsee trotz vier Bürgerveranstaltungen und unter Einbeziehung mehrerer Bürgerinitiativen binnen neun Monaten im Einverständnis mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Investoren entschieden.

Der Ausbau der A 100 ist wichtig für die Infrastruktur der Stadt und die Anbindung vieler Bezirke an die Autobahn und entlastet gleichermaßen den innerstädtischen Verkehr und die Umwelt. Er ist ein wichtiges Zeichen für Berlin als Wirtschaftsstandort und verbessert die Standortbedingungen von Berliner Unternehmen und sichert damit Arbeitsplätze. Durch den Ausbau der A 100 entstünden aber auch Arbeitsplätze in der Bauindustrie und er würde zu einer Entlastung des Durchgangsverkehrs führen und damit den Lärm in den Wohngebieten reduzieren. Auch bei diesem Infrastrukturprojekt muss die Bevölkerung angehört und einbezogen werden.

Daher sollte über den Ausbau der A 100 eine Volksbefragung durchgeführt werden. Der Sachverhalt ist für eine Volksbefragung auch deshalb geeignet, weil er überschaubar ist, in der Kampagne der Befragung die Argumente ausgetauscht werden können und er von entscheidender Bedeutung bei der Bildung eines Senates nach der Abgeordnetenhauswahl 2011 sein wird. Die entstehenden Kosten sind gering, da die Volksbefragung zeitgleich mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus stattfinden soll.

Rechtliche Bedenken gegen eine Volksbefragung bestehen nicht, insbesondere ist keine Änderung der Berliner Verfassung notwendig. Auch das Grundgesetz steht einer Volksbefragung nicht entgegen. Im Gegenteil: Nach Artikel 20 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes wird die Staatsgewalt vom Volk u.a. auch in Abstimmungen ausgeübt.

Dem Senat ist es ohne besondere einfachgesetzliche Ermächtigung möglich, die Bürger zu befragen. Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide sind schon nach dem Wortlaut der Verfassung darauf angelegt, Entscheidungen der Mehrheit des Abgeordnetenhauses und/oder des Senates zu korrigieren. Zu einer aufgeklärten Bürgergesellschaft gehört der Diskurs, das Abwägen der Argumente und nicht nur das Dagegen-Sein. Der Senat sollte von dem Instrument einer Volksabstimmung häufiger Gebrauch machen. So kann das Vertrauen der Bürger in die Politik gestärkt werden.

Berlin, den 02. November 2010

Henkel, Braun, Friederici  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU